

## Jahresgutachten 1978/79 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung – SVR

Von allen gesetzlichen Zielen der Wirtschaftspolitik werde das Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes wiederum am stärksten verletzt sein (Ziffer 368). 1979 zeichne sich ein allmählicher Anstieg der Beschäftigung ab, der wenigstens die Hoffnung nähre, daß Arbeitslosigkeit in Millionenhöhe kein Dauerproblem bleiben werde. Gleichwohl würden in den nächsten Jahren noch große beschäftigungspolitische Anstrengungen nötig sein.

Dennoch wird ein weiterer Handlungsbedarf für die Konjunkturpolitik nicht gesehen (375), entscheidend sei die Eigendynamik der Privatwirtschaft auf dem Binnenmarkt. Der Finanzpolitik sei zu raten, die wachstumspolitischen Anstrengungen weiter, allerdings ohne neue Ausgabenprogramme, zu verstärken (379). Zu den Eckwerten der Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklungs. Tabelle 1.

Tabelle 1: Übersicht über Wirtschafts- und Arbeitsmarktprognosen für 1979 – Veränderungen gegen Vorjahr in %

	Ist 1977*	Ist 1978*	SVR	GMD	WSI	IAB
Reales Bruttoinlandsprodukt	2,8	3,5	3 1/2	4	3,7	4,0
Produktivität je						
– Erwerbstätigen	3,1	3,3	3 1/2	–	3,5	3,4
– Erwerbstätigenstunde	4,6	–	–	3 1/2	3,6	4,6
Jährliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen	– 1,5	– 1,2	– 1/2		– 0,1	– 1,2
Erwerbstätige	– 0,3	0,1	1/2	1/2	0,2	+ 0,6
Arbeitslosenquote	4,5	4,3	4,2	–	4,2	4,2
Bruttoeinkommen aus						
– abhängiger Arbeit	7,1	6	6 1/2	7	6,5	–
– Unternehmertätigkeit und Vermögen	3,5	10 1/2	7 1/2	9,5	11,5	–

\* Vorläufig

Quellen: SVR = Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1978/79, Bundestagsdrucksache 8/2313  
 GMD = Gemeinschaftsdiagnose Herbst 1978, DIW-Wochenbericht 43/44 – 78  
 WSI = Prognose 1979 im WSI-Mitteilungen 11, 1978  
 IAB = Prognose im MittAB 1/1979

Zur Wirtschaftspolitik für 1979 und danach wird ausgeführt, daß die Lohnpolitik einen Ausgleich finden müsse zwischen den Erwartungen der Arbeitnehmer auf höhere Realeinkommen, mehr Freizeit und bessere Arbeitsbedingungen einerseits und einem möglicherweise noch ungedeckten Korrekturbedarf beim Kostenniveau andererseits (383). Das Reallohniveau lag 1978 um über 8% über dem von 1975. Allerdings war die Reallohnposition der Arbeitnehmer 1975, 1976 und 1978 jeweils gegen Vorjahr rückläufig (Tabelle 15 des Gutachtens).

Ein Korrekturbedarf auf der Lohnseite werde vor allem dann nicht akzeptiert, wenn die Arbeitslosigkeit auch andere Ursachen als die einer starken Lohnsteigerung in der Vergangenheit habe, z. B. verschärfter Außenwettbewerb, Marktvermachtung, Vorschriften und Rechtsrisiken (395).

Einerseits betont der SVR, daß es eine wissenschaftliche Methode, mit der festgestellt werden könnte, wie hoch das vollbeschäftigungskonforme Lohnniveau sei, nicht gebe. Dies müßte im Rahmen der Tarifautonomie gefunden werden (286). Andererseits gebe es zwar ernstzunehmende Strukturprobleme der Arbeitslosigkeit, doch könne von einer Erstarrung des Arbeitsmarktes nicht die Rede sein. Das Beispiel der Regionen, in denen die Arbeitslosigkeit noch immer oder wieder verhältnismäßig niedrig sei, zeige auch, daß allgemeiner Pessimismus hinsichtlich der Wiedereingliederung der Arbeitslosen in das Erwerbsleben nicht begründet erscheine. Wo die Nachfrage nach Arbeitskräften lebhaft sei, würden zum großen Teil auch jene beschäftigt, denen anderswo aus unterschiedlichen



Gründen kaum eine Chance auf einen neuen Arbeitsplatz eingeräumt werden (113). Zur zunehmenden Differenzierung des Arbeitsmarktes werden umfangreiche Analysen, gestützt auf BA-Unterlagen, die Infrateststudie und die Wirkungen einiger Programme der Arbeitsmarktpolitik, vorgelegt (106-122).

Die Arbeitsmarktpolitik habe gegenwärtig hohen Rang, ihre Fortentwicklung sei eine wichtige Aufgabe für die nächsten Jahre. Sie könne auch versuchen, das gegenwärtig – trotz Reserven unbesetzter Arbeitsplätze in Höhe von 600 000 (76) – für Vollbeschäftigung unzureichende Arbeitsplatzangebot in Grenzen zu beeinflussen (446-448).

Maßnahmen vorbeugender Arbeitsmarktpolitik seien:

- ein regional und beruflich ausreichendes Ausbildungsplatzangebot,
- direkte Ausbildungsplatzförderung, insbesondere für Frauen in traditionell Männern zugeordneten Ausbildungen,
- Anreicherung der Arbeitsplätze von Jungarbeitern mit Bildungsinhalten, um deren Fortbildungsbeurteilung zu entwickeln (450);
- Teilzeitarbeit und altersabhängige Arbeitszeitstaffelung,
- Eingliederungsbeihilfen, insbesondere für Arbeit in Klein- und Mittelbetrieben,
- höhere Durchlässigkeit des Beschäftigungssystems für Frauen (455),
- Qualifizierung, Fortbildung, Umschulung wie im „Aktionsprogramm Berufliche Bildung und Beschäftigungslage“ (454).

Unter den Alternativen zum status quo werden eine verstärkte Arbeitszeitverkürzung (468-478) und eine Strategie der verstärkten Nachfrageanregung (479-485) ausführlich erörtert.

Bei einer zusätzlich um 1,5 %-Punkte über die Prognose (-0,5 %) hinausgehenden Arbeitszeitverkürzung werde die rechnerisch mögliche Mehrbeschäftigung von 375000 Arbeitnehmern 1979 nur zum Bruchteil verwirklicht (mehr Überstunden, Produktivitätssteigerungen, Arbeitsintensivierung, Grenzen in der Austauschbarkeit von Arbeitskräften, beeinträchtigte Investitionsneigung). Wegen dieser Abschlüsse sei 1979 durch diese Maßnahme lediglich ein Beschäftigungsanstieg um 60 000 – 80 000 Arbeitnehmer zu erwarten (475). Mittelfristig dürfte die Bilanz jedoch positiver aussehen, insbesondere durch mehr Teilzeitarbeit. Im Ergebnis hält die Mehrheit des SVR an seiner zurückhaltenden Einschätzung fest, daß Arbeitszeitverkürzung nicht in jedem Falle zu einer Vermehrung des Stellenangebots führe. Der Beitrag längerer Bildungszeiten und vermehrter Teilzeitarbeit sei höher anzusetzen als der anderer Formen der Arbeitszeitverkürzung.

Zur verstärkten Nachfrageanregung wird ein 10-Mrd.-Programm erörtert und mit seinem Beschäftigungseffekt auf zusätzlich 50000 Arbeitnehmer in 1979 beziffert, wobei der Wachstumseffekt mehr als einen halben Prozentpunkt beträgt. Dabei werden Ausgabensubstitutionen, Preisaufrtrieb, Kapitalmarktkonkurrenz, höhere Staatsquote und negative Investitionswirkungen als hemmend für den Nettoeffekt angeführt. Multiplikator- und andere indirekte Effekte sind vernachlässigt (482-84).

Ein Minderheitsvotum unterscheidet sich in der Interpretation des Wachstumsziels und damit des Weges zur Vollbeschäftigung von der Ratsmehrheit (485-493). Fragen nach der Bedeutung des Staates für Wachstum und Beschäftigung, nach der Rolle der Lohnpolitik und der Arbeits-

Zeitverkürzung sowie der Nachfrageentwicklung werden in entscheidenden Punkten abweichend beurteilt.

Neben den zahlreichen Analysen im Text und im Tabellenanhang ist eine Chronik der tarifpolitischen Ereignisse des Jahres 1978 (Tabelle 7) arbeitsmarktpolitisch in soweit wichtig, als Rationalisierungs-



und Abgruppierungsschutz, Arbeitszeitverkürzungen, Urlaubsverlängerung und Lohnstrukturpolitik dokumentiert werden.

Nach: Jahresgutachten 1978/79 des SVR Bundestagsdrucksache 8/2313 vom 23. 11. 1978

